

BERICHTE – RAPPORTS

Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention

Eine Besprechung¹

Von Prof. Dr. *Valentin F. Wagner*, Basel

Die Diskussion um das Problem der Wirtschaftsordnung hat in den verfloßenen 20 Jahren eine bemerkenswerte Wendung genommen. Bis dahin standen sich die klassisch-liberale und die sozialistische Doktrin schroff und unversöhnlich gegenüber, und es bestanden kaum irgendwelche Verbindungslinien zwischen den beiden Auffassungen. Die Frage, ob in einer zentralen Planwirtschaft, die keine Märkte und Marktpreise kennt, eine Wirtschaftsrechnung möglich sei, welche die Voraussetzung ist für die günstigste Verteilung der Produktionsfaktoren, wurde bis nach dem 1. Weltkrieg von den Sozialisten überhaupt nicht erörtert, weil sie ihre Tragweite gar nicht begriffen. Es verstand sich für sie von selbst, dass die Arbeitswertlehre das geeignete Instrument für die Planungsbehörde sei, die ökonomisch richtige, d. h. günstigste Verteilung der Produktivkräfte zu ermöglichen. In Wirklichkeit lag dieser Lehre nicht dieses ökonomische, sondern ein Gerechtigkeitsproblem zugrunde: Unter welchen Voraussetzungen erhält der Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit?

Nach dem 1. Weltkrieg, als der Sozialismus ins Stadium der Verwirklichung trat, und sich das Problem der praktischen Durchführung der Planung stellte (und namentlich auch ihrer ausserökonomischen Konsequenzen) begannen sozialistische Autoren sich mit der Frage der kollektiven Wirtschaftsrechnung, ihren Voraussetzungen und Wirkungen zu befassen. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Herausforderung von *Ludwig von Mises*, der in seinem 1922 erschienenen Buche «Die Gemeinwirtschaft» behauptete, in einer zentralen Planwirtschaft sei eine Wirtschaftsrechnung nicht möglich. In einer solchen Wirtschaftsordnung gebe es keine Märkte und somit auch keine Marktpreise; ohne Preisbildung der Produktionsfaktoren könne aber eine rationale Wirtschaftsrechnung nicht durchgeführt werden. Damit schien der Gegensatz in unverminderter Schärfe weiterzubestehen, aber in Wirklichkeit begann sich nun eine Wendung abzuzeichnen, und zwar sowohl auf liberaler wie auf sozialistischer Seite, eine Wendung, die man ruhig als eine Annäherung der Standpunkte bezeichnen darf.

Es war wohl weniger die Kritik von *Mises* als die sichtbaren Erfahrungen des kommunistischen Experimentes in Sowjetrussland, welche die Sozialisten überzeugte, dass eine zentrale Planwirtschaft, selbst wenn sie theoretisch und praktisch funktionsfähig ist, nur realisiert werden kann durch den Verzicht auf die Freiheit und Würde des Menschen, also den Verzicht auf jene Ideale, die im sozialistischen Credo an vorderster

¹ *Fritz Marbach*, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1951, Verlag Francke AG. 234 S. Fr. 9.50.

Stelle standen. Aus diesen Zusammenhängen erklärt sich die Trennung von den Kommunisten und die unschlüssige Haltung der Sozialisten, deren Theorie und Ideologie zwar noch durch *Marx* bestimmt blieb, deren praktische Politik jedoch sowohl die Revolution wie den Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats preisgab. Ja, noch mehr: selbst der Glaube in die zentrale Planung wurde erschüttert.

Auf theoretischem Gebiet haben sozialistische und andere Autoren sich bemüht, zweierlei nachzuweisen. Sie versuchten, erstens, zu zeigen, dass eine freiheitliche Organisation der Planwirtschaft, also ein freiheitlicher Sozialismus möglich sei. Sodann wollte man die These von *Mises* widerlegen, wonach eine Planung nicht möglich sei, weil es in einer zentralen Verwaltungswirtschaft *ex definitione* keine Marktpreise gebe. Die Widerlegung erfolgt in der Weise, dass man in das planwirtschaftliche System den Preismechanismus einbaut, also den Konsumgütermarkt und sogar den Arbeitsmarkt bestehen lässt. Wo Marktpreise nicht möglich sind, sollen die Verrechnungspreise so gehandhabt werden, «als ob» sie Marktpreise wären. Die Funktion des Preismechanismus würde also weitgehend erhalten bleiben und damit gerade jene Leistung, die für den Ablauf einer arbeitsteiligen Wirtschaft weitgehend unentbehrlich ist. Unter theoretischen Gesichtspunkten hat man diese Form der Planung Marktsozialismus genannt, eine Bezeichnung, die das ökonomische Gegenstück darstellt zu dem politischen Begriff des «demokratischen» Sozialismus.

Der Marktsozialismus ist in theoretischer Hinsicht zweifellos die Anerkennung der klassischen Preistheorie, also der eminent wichtigen Funktion der Preise. Insofern kann man von einer Annäherung der beiden Schulen sprechen, eine Annäherung, die gewiss bedeutsam ist. Es ist indessen verfehlt, wenn von liberaler Seite argumentiert wird, der Sinn und Zweck einer marktsozialistischen Planwirtschaft sei nicht einzusehen, da ja nun die Notwendigkeit eines marktwirtschaftlichen Preissystems anerkannt werde. Man kann hierauf erwidern, dass der Preismechanismus in der Wirklichkeit nicht so vollkommen funktioniert, wie das theoretische Idealbild glauben macht, weshalb eine Lenkung notwendig werde, ganz abgesehen von den Gerechtigkeitspostulaten der Sozialisten, welche sich auf die Einkommens- und Vermögensverteilung beziehen.

Der Wandel der Anschauungen ist jedoch nicht auf die Sozialisten beschränkt. Auch auf der liberalen Seite haben sich Wandlungen vollzogen, die sich sowohl im theoretischen wie im sozialen Bereich beobachten lassen. Die fundamentale These des Neoliberalismus lautet, der historische Kapitalismus sei nicht identisch mit der reinen, unverfälschten Marktwirtschaft, sondern enthalte systemfremde Elemente, die den Kapitalismus weit wegführen von den Vorstellungen der klassischen Theorie. Eine Politik des *Laissez-faire* gewährleiste nicht eine Markt- und Konkurrenzwirtschaft, sondern diese müsse durch eine positive Gesetzgebung geschaffen und erhalten werden. Da nach neoliberaler Auffassung die Denaturierung des historischen Kapitalismus sich vor allem in der Entstehung und Ausbreitung der Monopole zeigt, so stellen wir plötzlich fest, dass der «Monopolkapitalismus» von Sozialisten und Liberalen mit gleicher Vehemenz angegriffen wird. Das Sündenregister des Monopolkapitalismus, das Röpke in seiner «Gesellschaftskrise der Gegenwart» entwirft, bleibt in nichts hinter den Verdammungen der Sozialisten, ja sogar der Kommunisten zurück. Auf einem Gebiet besteht somit eine mindestens verbale Übereinstimmung, die sich allerdings verflüchtigt, sobald das wirtschaftspolitische Problem der Beseitigung des Monopolkapitalismus sich stellt.

Es bleibt trotzdem eine bemerkenswerte methodische Ähnlichkeit der Wirtschaftspolitik bestehen: auch der Neoliberalismus fordert aktive Eingriffe in das wirtschaftliche Geschehen. Diese bestehen übrigens nicht nur darin, die sogenannte «Rahmen-

bedingungen» für die Marktwirtschaft zu schaffen, sondern es sind eigentliche Interventionen, die sich sogar auf den Preismechanismus erstrecken. Es genügt, sich die Antimonopolpolitik, die von einzelnen neoliberalen Autoren gefordert wird, näher anzusehen, um festzustellen, dass es sich um recht massive und umfassende staatliche Eingriffe handelt — wenigstens auf dem Papier. Die Meinungen der Neoliberalen gehen in diesem Punkte allerdings weit auseinander, und es bestehen zweifellos scharfe Gegensätze. Man wird sich indessen an das Programm eines so repräsentativen Autors wie Röpke halten dürfen, das unter der Bezeichnung «Der dritte Weg» bekannt geworden ist. Studiert man dieses «Instrumentarium», das ja nicht nur auf die Wirtschaftspolitik beschränkt ist, sondern auch eine tiefgreifende Reform der Gesellschaft vorsieht, die bis zur «Entstädterung» reicht, dann wird man zum Schluss kommen, dass diese Ziele nur durch umfassende staatliche Interventionen verwirklicht werden können.

Unser Überblick über die beiden Doktrinen, den Marktsozialismus und den Neoliberalismus, macht also deutlich, auf welchem Gebiet sich die beiden Standpunkte einander angenähert haben. Man wundert sich, dass bis jetzt der Versuch nicht unternommen wurde, an Hand der konkreten Programme Punkt für Punkt abzuklären, wo und in welchem Rahmen eine gemeinsame Politik möglich wäre. Es würde sich dabei um die Frage handeln, auf welchen Gebieten eine interventionistische Wirtschaftspolitik notwendig und möglich ist und welches ihre Grenzen sind, die nicht überschritten werden dürfen. Es genügt natürlich nicht, eine «gelenkte Marktwirtschaft» zu fordern, sondern es ist unerlässlich, eine solche Wirtschaftspolitik zu konkretisieren.

Unter diesem Gesichtspunkt wird man mit grossem Interesse die Schrift zur Hand nehmen, die Prof. Fritz Marbach kürzlich unter dem Titel «Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention» veröffentlicht hat. Man wird diese Stimme mit besonderem Interesse hören, zunächst weil Marbach Sozialist ist, sodann weil er als Experte des Bundes und als Präsident verschiedener eidgenössischer Kommissionen, z. B. der Preisbildungskommission, über eine profunde Einsicht in die tatsächliche Wirtschaft und die Problematik der staatlichen Wirtschaftspolitik verfügt. Er darf also gewiss sein, dass sein Urteil mit grosser Aufmerksamkeit angehört wird.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass für Marbach, obwohl er Sozialist ist, eine zentrale Lenkung der Wirtschaft überhaupt nicht in Frage kommt. Dieser Standpunkt wird nicht einmal ausführlich begründet, da sich Marbach mit dem Problem der zentralen Lenkung gar nicht befasst und mehr beiläufig zum Ausdruck kommt, dass die zentrale Wirtschaftslenkung deshalb abgelehnt wird, weil sie mit der Freiheit nicht vereinbar ist. Unser Autor stellt sich also gleich auf den Boden des Interventionismus, der die bestehende Wirtschaftsverfassung, die Marktwirtschaft, anerkennt. Ja, er geht noch weiter! Im Gegensatz zu gewissen Neoliberalen, die den «historischen», den Monopolkapitalismus, beseitigen wollen, um die unverfälschte Marktwirtschaft wieder herzustellen, sieht Marbach in den Monopolen ein unvermeidliches und grundsätzlich durchaus zu bejahendes Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung.

Was Marbach in seiner Schrift vorlegt, ist jedoch nicht eine systematische Theorie des Interventionismus, sondern, wie er selber sagt, «eine zwanglose Folge von wirtschaftlichen und soziologischen Betrachtungen über den Interventionismus als Wirtschaftssystem». Auf die Theorie ist unser Autor nicht gut zu sprechen und er wendet sich mit ausgesprochener Malice gegen die «Modellschreiner», zu denen er, gewiss zu ihrem grossen Missvergnügen, auch die Neoliberalen rechnet. Dies hindert ihn allerdings nicht, selbst einige schwerwiegende theoretische Thesen aufzustellen, die nicht begründet, sondern als selbstverständlich hingestellt werden.

Wie der kurze Überblick über den Interventionsbegriff zeigt, ist es ausserordentlich schwer, eine einheitlich anerkannte Definition der «interventionistischen Marktwirtschaft» zu geben, und ob diese ein Wirtschaftssystem eigener Art ist, bleibt eine offene Frage. Massgebend ist in Marbachs Definition, dass es sich um Eingriffe in «das freie Spiel der Marktkräfte» handelt, durch welche die Produktion und Verteilung verändert werden, aber die private Unternehmertätigkeit nicht beseitigt und auch das Privateigentum grundsätzlich nicht aufgehoben wird, was nicht ausschliesst, dass einzelne Wirtschaftszweige oder Betriebe verstaatlicht werden. Man wird diese Definition akzeptieren können, sich aber bewusst bleiben, dass es eine befriedigende Definition nie geben wird. Dies zeigen schon die Begriffe der «konformen» und «nicht-konformen» Intervention, die Mode geworden sind, in Wirklichkeit aber kein eindeutiges Kriterium der «marktgerechten» Intervention liefern, was Marbach überzeugend nachweist. Es ist hier noch zu erwähnen, dass Marbach nur von der staatlichen Intervention spricht, also die privaten Eingriffe in die Marktwirtschaft nicht berücksichtigt. Hingegen wird die Sozialpolitik im engern Sinne dem Bereich des Interventionismus zugezählt.

Es erhebt sich nun die schwerwiegende Frage, ob dieses System des Marktinterventionismus als ein Wirtschaftssystem *sui generis* auf die Dauer überhaupt funktionsfähig ist. Marbach sieht das Problem in voller Schärfe, wenn er betont, es handle sich um eine «Kombination zweier entgegengesetzter Systeme», was offenbar nichts anderes heissen kann als zweier widerstreitender Systeme. Wird es also überhaupt möglich sein, eine Wirtschaftsordnung aufzubauen und zu erhalten, die auf zwei entgegengesetzten Prinzipien beruht? Marbach hilft sich mit einem Hinweis auf die Erfahrung, die uns zeigt, dass es eine reine Marktwirtschaft nie gegeben hat und interventionistische Marktwirtschaften eben funktionieren. Das Problem lässt sich auf theoretischem Wege allein nicht entscheiden, sondern nur auf dem Wege der Erfahrung. In dieser Stellungnahme manifestiert sich der Wirtschaftspolitiker, der konkrete Probleme nicht allein auf Grund theoretischer Überlegungen entscheiden kann. Marbach sieht trotzdem ein, dass ein System interventionistischer Massnahmen nicht von Fall zu Fall aufgebaut werden kann. Die intervenierende Behörde muss nach gewissen Grundsätzen handeln, wenn nicht der blosse Zufall herrschen soll. Massgebend für ihre Orientierung ist offenbar die grundsätzliche Erhaltung der Marktwirtschaft, der privaten Unternehmertätigkeit und des Privateigentums. Allgemein formuliert: der Interventionismus soll massvoll sein. Mit dieser Formel lässt sich allerdings nicht viel anfangen, weshalb eine Konkretisierung im obigen Sinne notwendig ist.

Indem der Interventionismus, im Rahmen der Marktwirtschaft, an die Stelle der zentralen Planwirtschaft tritt, wird zweifellos ein wichtiges Ziel des Sozialismus preisgegeben. Marbach bestreitet dies, aber seiner Definition des Sozialismus fehlt das entscheidende Kennzeichen, das untrennbar mit dem Sozialismus verbunden ist. Er sieht im Sozialismus nicht eine «starre Doktrin», sondern «das stete und in der Methode freie Sich-Bemühen, allen Menschen im Rahmen einer humanen Ordnung zu materiellem und ideellem Wohlstand zu verhelfen». Die Erreichung des Ziels ist also an keine bestimmte Methode gebunden. Gerade diese These widerspricht aber dem grundlegenden Postulat des Sozialismus, wonach das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben werden soll, ein Postulat, das notwendig zur zentralen Planung führt. Da diese mit der Freiheit nicht vereinbar ist, wird von Marbach der entscheidende Schritt getan, den Sozialismus im überkommenen Sinne preiszugeben. Es wäre billig, diese Entscheidung als eine Änderung der Gesinnung zu brandmarken. Es manifestiert sich in Wirklichkeit in ihr das Dilemma, in dem der Sozialismus sich

heute befindet, und es gibt in dieser Situation sowohl in menschlicher wie in wirtschaftlicher Hinsicht keine andere Entscheidung.

Damit erhebt sich von neuem das Problem, ob eine interventionistische Lenkung der Marktwirtschaft überhaupt notwendig und ob sie möglich ist. Was den ersten Teil der Frage betrifft, so ist Marbach der Meinung, dass die Wandlungen der Marktwirtschaft, die Entwicklung zum Monopolkapitalismus und die wachsenden staatlichen Eingriffe das Ergebnis eines zwangsläufigen Prozesses sind. Die Rückkehr zur reinen Marktwirtschaft kommt gar nicht mehr in Frage, denn die Erfahrung habe gezeigt, dass die freie Wirtschaft schwerwiegenden Störungen ausgesetzt ist. Die Konkurrenz ist in vielen Fällen ruinös und die Kartelle sind eine unvermeidliche Folge dieser Tatsache. Marbach kann sich hier auf seine einzigartige Einsicht in das schweizerische Kartellwesen stützen, die er als Leiter der Kartellenquete gewonnen hat. Ich möchte seiner Behauptung zustimmen, dass die Kartelle meist eine Frucht von Krisensituationen sind, was einen Missbrauch der errungenen Monopolposition nicht ausschliesst. Ihre Auflösung und die Wiederherstellung des ungehemmten Wettbewerbs würde wieder zu gleichen Zuständen führen, welche die Bildung von Kartellen zur Folge hatten. Der Interventionismus wird aber auch notwendig, weil die Marktwirtschaft in sozialer Hinsicht versagt.

Wenn man in dieser Frage geneigt ist, Marbach weitgehend zuzustimmen, so wird man ihm bei andern Behauptungen die Gefolgschaft versagen, nämlich dort, wo er ohne weitere Prüfung gewisse Thesen von Marx übernimmt. Für Marbach ist es eine ausgemachte Sache, dass in der freien Marktwirtschaft die Bevölkerung nicht über genügend Kaufkraft verfügt, um die wachsenden Mengen der erzeugten Produkte zu kaufen. Er versucht überhaupt nicht, diese Tendenz zur Unterkonsumtion bzw. Überproduktion theoretisch zu begründen, sondern übernimmt diese bei den Sozialisten und Kommunisten so beliebte Behauptung, wonach es eigentlich kein Produktionsproblem gibt, da der moderne Produktionsapparat genügend Güter erzeugen kann, während nur die Verteilung versagt. Diese optimistische Vorstellung ist erstaunlich. Die periodisch auftretenden Missverhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage sind gewiss kein Beweis dafür, dass im Kapitalismus eine permanente Überproduktion besteht. Marbach anerkennt übrigens selbst, dass die übermässige Produktion bestimmter Güter häufig die Folge interventionistischer Massnahmen ist.

Dieser Gedankengang ist indessen nicht entscheidend für die grundlegende These von Marbach, wonach die mannigfachen privaten und staatlichen Eingriffe in die Marktwirtschaft zum grössten Teil ein unvermeidliches Ergebnis des freien Wettbewerbs und des Versagens des Preismechanismus sind. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, dass ein interventionistisches System auf die Dauer funktionsfähig wäre. Es wurde bereits auf die Bedenken hingewiesen, die Marbach selber äussert, auf die Gefahr des Bürokratismus, die Tendenz zur Ausdehnung der Interventionen bis der Übergang zur totalitären Wirtschaft unvermeidlich ist, und die unzureichende Koordination der Eingriffe. Zweifellos ist es ausserordentlich schwierig, eine Theorie des Interventionismus zu entwickeln, aber der Leser ist doch etwas enttäuscht, wenn Marbach ihn mit jenen allgemeinen Grundsätzen entlässt, die wir bereits kennen gelernt haben, und zu denen nun noch die Forderung tritt, dass die interventionistischen Massnahmen überschaubar bleiben müssen. Der Versuch, das System des Interventionismus theoretisch zu begründen, wird schliesslich einmal fällig und notwendig. Es mag sein, dass Marbach weitgehend recht hat, wenn er meint, dass man nur von Fall zu Fall entscheiden könne und dann nur die Orientierung an den Grundsätzen, die wir früher erwähnt haben, möglich sei. Gewiss können Interventionen nicht nur auf Grund theo-

retischer Erwägungen getroffen werden, aber solche Erwägungen müssen dennoch gemacht werden und sind neben andern Gesichtspunkten bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

Marbach macht aus seiner skeptischen Einstellung, ja, seiner Abneigung gegenüber der Theorie kein Hehl und empfiehlt immer wieder an deren Stelle die «universale Schau». Er meint, dass Individualpsychologie, Charakterologie, Religionsphilosophie, allgemeine und spezielle Soziologie für die interventionierenden Stellen wichtiger seien als «die allerschönste, modellmässige, mit Diagrammen und Kurvenbildern versehene Preislehre». Nun, die «universale Schau» ist ein Lieblingsausdruck von *Othmar Spann* und der deutschtümelnden, romantischen und nationalistischen Wirtschaftsphilosophen, denen Marbach sicher fern steht. Die ganze Unbestimmtheit, Verschwommenheit und Grenzenlosigkeit der Programme wird evident, die sich an diesen Quellen, und nur an diesen, nähren. Auch der Marxismus ist ein Beleg dafür, wie die sogenannte soziologische Betrachtungsweise, eine synthetische und totale Anschauung, gerade an der entscheidenden Frage vorbeigehen kann. Die Sozialisten und Kommunisten haben während beinahe hundert Jahren eine zentrale Wirtschaftslenkung gefordert, ohne sich je zu fragen, ob und unter welchen Bedingungen eine Planwirtschaft überhaupt funktionieren kann. Die Preistheorie, auch ohne Kurven und Diagramme, hätte über diesen sehr wesentlichen Punkt einige Auskunft geben können.

Der «kritische Interventionsgrad» wird von Marbach indessen nicht nur durch die Formel bestimmt, dass die Marktwirtschaft bzw. die freie Unternehmertätigkeit erhalten bleiben soll, sondern er wird noch präzisiert. Dieser Punkt «ist dann erreicht, wenn die Vorteile einer sozial günstigeren Verteilung der Kaufkraft überkompensiert werden, entweder a) durch eine unzweckmässige Kombination der Produktionsmittel oder b) zufolge überhäufte und nur sehr schwer in ein neues Zusammenspiel zu bringenden Datenänderung oder c) durch neue Ungleichgewichte der Kaufkraftverteilung». Dies sind immerhin ökonomische Kriterien, die im wesentlichen die Maximierung oder die soziale Optimierung der Produktion betreffen. Die praktische Handhabung dieser Regeln wird allerdings nicht leicht sein. Wesentlich erscheint sodann Marbach, dass mit der Ausweitung interventionistischer Massnahmen, mit der Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen der intervenierenden Behörden, eine Wiedererweckung religiöser Gesinnung notwendig wird, von der er glaubt, dass sie den Missbrauch dieser Macht verhindern werde.

In besonders ausführlicher Weise befasst sich Marbach mit der antimonopolistischen Intervention, nicht etwa um sie zu empfehlen, sondern um seine kritischen Bedenken gerade gegenüber dieser Form der Staatsintervention zum Ausdruck zu bringen. Es ist bekannt, dass es sich hier um eine Forderung neoliberaler Autoren handelt, die in den Massnahmen zur Verhinderung und Beseitigung der Monopole die stärksten staatlichen Eingriffe in die «Wirtschaftsfreiheit» sehen und dadurch die reine, unverfälschte Marktwirtschaft wieder herstellen wollen. Marbach hält eine Beseitigung der Monopole und besonders der Kartelle nicht für möglich und auch gar nicht für wünschenswert. Er nimmt diesen Standpunkt ein nicht nur, weil es sich um einen zwangsläufigen Prozess handelt, sondern weil Monopole und Kartelle geeignet sind, gewisse Schäden und Nachteile der Marktwirtschaft und des Preissystems zu beheben. Die damit verbundenen Machtpositionen können allerdings missbraucht werden. Trotzdem will Marbach von einer staatlichen Monopolkontrolle nichts wissen; ein Verbot der Kartelle hält er in der Schweiz überhaupt für undurchführbar. Er gibt indessen zu, dass gewisse Monopolstellungen in Schranken gehalten werden müssen, doch glaubt er, dass eine solche Kontrolle auf privat-rechtlichem Boden durchgeführt

werden sollte. Die Kartellprobleme seien so kompliziert, dass sie nicht öffentlich-rechtlich geregelt werden können. Auf jeden Fall käme eine öffentlich-rechtliche Regelung nur im äussersten Falle in Frage und sollte nur in Form einer Rahmengesetzgebung erfolgen. Unter keinen Umständen sollte jedoch ein Verbot erlassen werden, das unabsehbare weitere Eingriffe permanenter Natur zur Folge hätte. Es wird uns allerdings nicht gesagt, wie die privat-rechtliche Monopolkontrolle gestaltet werden soll.

Diese Stellungnahme ist bemerkenswert, schon deshalb, weil der Verfasser gerade in dieses Gebiet einen besonderen Einblick hat. Auf jeden Fall kommt in seinen Äusserungen eine realistischere Haltung zum Ausdruck als bei einigen neoliberalen Autoren, die mit Feuer und Schwert die Marktfreiheit retten wollen. Überhaupt enthält dieses Kapitel sehr interessante Bemerkungen zum Monopolproblem und kritische Argumente gegen die neoliberale Antimonopolpolitik, denen man weitgehend zustimmen kann.

Es ist klar, dass eine gewisse Zwiespältigkeit unvermeidlich ist, eine Tatsache, die in der Natur der Sache liegt, denn die Kombination zweier entgegengesetzter Ordnungsprinzipien erlaubt nicht jene systematische Konsequenz der Wettbewerbsordnung oder der zentralen Planwirtschaft, die so bestechend ist. Immerhin hätte darauf hingewiesen werden dürfen, dass viele Interventionen die Bedingungen zu schaffen versuchen, die in einem ideal funktionierenden Preissystem gegeben wären. Eine grosse Zahl von Eingriffen, z. B. in den Arbeitsmarkt und die Landwirtschaft, lassen sich auf diese Weise methodisch und theoretisch eindeutig begründen. Der Zwiespalt bleibt indessen bestehen und er äussert sich bei Marbach in seiner häufig sehr kritischen Stellung gegenüber dem Interventionismus, dem «Unfug der ideologisch-programmatisch bedingten Intervention», aber auch der doktrinen Nichtintervention. Es darf auf keinen Fall aus Prinzip interveniert werden oder weil die bürokratische Maschinerie des Staates oder der Verbände beschäftigt sein will. Dieser Grundsatz von Marbach weist indessen erneut auf die Schwierigkeiten einer Abgrenzung hin, Schwierigkeiten, die nicht nur theoretischer Natur sind, sondern die in der wirtschaftspolitischen Praxis auftauchen. Aber es wird deutlich, dass Marbach sich der beträchtlichen Schwierigkeiten einer interventionistischen Wirtschaftspolitik bewusst ist, und er spart nicht mit kritischen Bemerkungen, so etwa über die «Unkontrollierbarkeit interventionistisch entstandener Institutionen (wie z. B. der Preisausgleichskassen) durch die Öffentlichkeit». Die Auseinandersetzungen mit dem programmatisch-interventionistischen Interventionismus sind offenkundig an die Adresse allzu interventionslustiger Sozialisten gerichtet, die in der Intervention lediglich eine Brücke zur Planwirtschaft sehen. Besonders das Schlusskapitel mit dem bezeichnenden Titel «Umhegte Grenzproduktivität» enthält eine scharfe Kritik jenes Interventionismus, der die Grenzproduzenten erhalten will und durch den auf die Dauer die Erreichung sowohl der maximalen wie auch der optimalen Produktivität gefährdet wird. Diese Erwägungen veranlassen Marbach zur Feststellung, dass der Interventionismus sich nicht zu weit vom Pol der Wirtschaftsfreiheit weg bewegen sollte.

Auf der andern Seite wird bestritten, dass jeder Eingriff, auch wenn er ausgesprochen verteilungspolitische Ziele hat, immer eine Begünstigung bestimmter Gruppen zu Lasten anderer bedeutet. Die Interventionen können die «Benachteiligung» gewisser Schichten ausgleichen, was wohl heissen soll, dass die konkrete Marktwirtschaft in einzelnen Fällen nicht einmal jene Verteilung bewirkt, die nach dem theoretischen Modell erfolgen müsse. Auch der weitere Einwand besteht zu Recht, wonach gewisse Interventionen einen gesamtwirtschaftlichen Vorteil bringen können, also nicht einfach eine Wohlstandsverschiebung bedeuten.

Man wird die anregende und instruktive Schrift von Marbach mit Interesse lesen, schon weil sie ein sprechendes Dokument ist des Gesinnungswandels, oder besser der

Besinnung, welche die besten Köpfe unter den Sozialisten ergriffen hat. Gewisse Reste der alten Anschauungen brechen allerdings immer wieder durch, so bei der hartnäckig verteidigten Formel vom «Mangel im Überfluss», die meines Erachtens eine der verhängnisvollsten Illusionen des Sozialismus ist. Das Phänomen der Krisen ist sicher kein Beweis, dass ein solcher permanenter Überfluss besteht, selbst wenn das Moment der Unterkonsumtion als Krisenursache eine Rolle spielen sollte. Bei genauerem Zusehen erweist sich der Überfluss der Krisenzeiten als sehr klein im Verhältnis zur Nachfrage. Auch wenn man, wie der Rezensent, der grundsätzlichen Haltung Marbachs zum Interventionismus nahesteht, so vermisst man doch, wenigstens als Theoretiker, eine wirtschaftstheoretische Begründung. Diese Feststellung ist zu machen, selbst wenn man sich der Schwierigkeiten eines solchen Unterfangens bewusst ist. Der Verfasser wird Verständnis haben für diesen Wunsch, denn auch er kommt ohne gelegentliche ökonomische Begründungen des Interventionismus nicht aus, deren theoretische Motivierung allerdings ausbleibt. Trotzdem wird man anerkennen, dass er aus seiner Erfahrung einige triftige und treffende Argumente vorbringt gegen den extremen Neoliberalismus, Argumente, die nützlich und wertvoll sind.
